

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3785

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3785](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3785)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# Staatsversagen: Ein unterschätztes Phänomen



ANTONY P. MUELLER \* • Januar 2022

## Zusammenfassung

- Immer wieder wird auf ein vermeintliches Versagen der Märkte hingewiesen, um korrigierende politische Eingriffe zu rechtfertigen. Dabei wird ignoriert, dass Staatsversagen viel stärker ins Gewicht fallen und problematischer sind. In diesem LI-Paper werden zur Illustration zwölf verschiedene Staatsversagen vorgestellt, die von Sozialingenieuren vernachlässigt werden.
- So massen sich die Vertreter des Staats beispielsweise Wissen an, das sie gar nicht haben können. Um erfolgreich eine Intervention durchführen zu können, müsste der Staat auf Informationen zurückgreifen, die der freie Markt erst produziert. Marktwissen ist nicht zentral, systematisch organisiert und allgemein, sondern verteilt, heterogen, spezifisch und individuell.
- Die Politik leidet ausserdem unter langen Verzögerungen zwischen Diagnose und Wirkung. Politik ist ein Machtspiel. Die Antenne des Politikers ist auf die Signale ausgerichtet, die für diesen Kampf um die Macht relevant sind. Nur wenn ein Thema ausreichend politisiert ist, wird es die Aufmerksamkeit der Politiker finden.
- Der Wert einer einzelnen Stimme in einer Massendemokratie ist derart gering, dass der rationale Wähler nicht viel Zeit und Mühe aufwenden wird, um zu untersuchen, ob die grossen Versprechen der zur Wahl stehenden Politiker realistisch sind und mit seinen anderen Wünschen nicht kollidieren. Daher haben die politischen Kampagnen nicht Information und Aufklärung zum Ziel, sondern Desinformation und Verwirrung. Nicht die Solidität des Programms ist wichtig, sondern die Begeisterung, die ein Kandidat bei seinen Anhängern erzeugen kann und wie gut er seine Gegner niedermachen, denunzieren und erniedrigen kann. Infolgedessen rufen Wahlkampagnen Hass, Polarisierung und Vergeltungslüste hervor.

---

\* Der Autor ist habilitierter Wirtschaftswissenschaftler der Universität Erlangen-Nürnberg und derzeit Professor der Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomie, an der brasilianischen Bundesuniversität UFS. Er ist Mitglied des Ludwig von Mises Instituts in den USA und in Brasilien sowie Senior Fellow des American Institute of Economic Research (AIER).

Laustark posaunen Etatisten die Mär vom Marktversagen durch die Lande, während allenthalben mit offenen Augen zu sehen ist, dass Staatsversagen das eigentliche Übel ist.

Die Interventionisten haben eine Theorie entwickelt, die vom «Marktversagen» handelt. Dabei werden konkrete Marktsituationen mit dem Ideal des vollkommenen Marktes verglichen. Der Theoretiker stellt dann Abweichungen fest und erarbeitet Eingriffsmechanismen seitens des Staats, die das Problem beseitigen sollen.

Diese Theorie des Marktversagens ist schon vom Ansatz her verfehlt. Die Befürworter des Kapitalismus behaupten nicht, dass der Marktablauf vollkommen sei. Im Gegenteil: Für die Anhänger des Kapitalismus gibt es andauernd Marktungleichgewichte. Ohne diese bräuchte es keine Unternehmer.

Die Theoretiker des Marktversagens bilden zuerst ein Modell des vollkommenen Marktes, in dem es keine Unternehmer gibt. Dann untersuchen sie einen konkreten Markt und stellen fest, dass es im Vergleich zum perfekten Markt Ungleichgewichte gibt. Auf dieser Grundlage begründen die Theoretiker des Marktversagens nun den Staatseingriff.

Durch staatliche Interventionen soll das Marktgleichgewicht im Sinne der Theorie hergestellt werden. Da in diesen Modellen von vornherein das unternehmerische Handeln ausgeschlossen wurde, soll nun der Staat eingreifen und das Gleichgewicht durch Marktinterventionen hervorbringen.

Die Theoretiker des Interventionismus ignorieren das Problem des Staatsversagens. Dabei hat die *Public-Choice-Theorie* seit den 1970er-Jahren Modelle und Theorien entwickelt und mit zahlreichen empirischen Studien belegt, dass das Staatsversagen keineswegs die Ungleichgewichte beseitigt, sondern meist verstärkt.

Wenn Politiker und Bürokraten nicht halten, was sie versprechen – was oft geschieht –, wird gesagt, das Problem könne gelöst werden, wenn wir diese Gremien nur mit besseren Leute besetzen könnten. Uns wird gesagt, dass die alte Garde von Regierungsmitgliedern sich nicht genug bemühte oder sie nicht die richtigen Absichten hatte. Es stimmt zwar, dass in den Regierungsämtern viele inkompetente und Menschen mit schlechten Plänen und Beschlüssen agieren, aber wir können den beteiligten Personen nicht immer die Schuld geben. Oft ist die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns eine Folge der Regierung als Institution selbst. Mit anderen Worten: Politiker und Bürokraten sind nicht erfolgreich, weil sie aufgrund der Natur des Staatsapparats gar nicht gedeihlich operieren können.

## 1. Mangel an Wissen

Die Politik leidet unter einer Anmassung des Wissens. Um erfolgreich eine staatliche Intervention in den Markt durchführen zu können, müsste die Politik mehr wissen, als sie kann. Marktwissen ist nicht zentral, systematisch organisiert und allgemein, sondern verteilt, heterogen, spezifisch und individuell. Selbst mit grösster Anstrengung kann das zur Intervention nötige Wissen niemals erlangt werden.

## 2. Fehler werden seltener korrigiert

Anders als in einer Marktwirtschaft, in der es viele Akteure gibt und ein ständiger Prozess von Versuch und Irrtum stattfindet, ist die Korrektur staatlicher Fehler begrenzt, da der Staat ein Monopolist ist. Für den Politiker ist es oft schlimmer, einen Fehler zuzugeben, als an einer falschen Entscheidung festzuhalten – selbst gegen die eigene Einsicht. Es gibt bei staatlichen Monopolen (im Gegensatz zu natürlichen Monopolen, die auf dem freien Markt entstehen können und die von den Konsumenten so «gewollt» sind) schlichtweg keine Ausweichvariante für die negativ Betroffenen, weil gleichwertige Konkurrenz innerhalb der politischen Gebietskörperschaft nicht zugelassen wird.

## 3. Informationsasymmetrien

Während auch auf dem Markt sogenannte Informationsasymmetrien bestehen (beispielsweise zwischen dem Versicherer und dem Versicherten oder zwischen dem Verkäufer eines Gebrauchtwagens und seinem Käufer), ist die Informationsasymmetrie im öffentlichen Sektor ausgeprägter als in der Privatwirtschaft. Während beispielsweise mehrere Versicherungsgesellschaften und viele Autohändler miteinander konkurrieren, gibt es nur eine Regierung. Die Regierungsmitglieder haben nicht viel zu verlieren, wenn etwas schiefgeht. Im Gegenteil macht sich für den Politiker oft eher schlechte Politik bezahlt. Der Politiker wird deshalb nicht viel Aufwand betreiben, um fehlendes Wissen zu vermeiden. Als Parteimenschen sind sie bestrebt, nicht die dringendsten Probleme anzugehen, sondern für solche Gruppen Mittel bereitzustellen, die im politischen Machtspiel am wichtigsten sind.

## 4. Verdrängung des Privatsektors

Durch staatliche Eingriffe werden scheinbare Marktdefizite nicht beseitigt, sondern durch Verdrängung der privaten Versorgung geschaffen. Wenn es in den Bereichen Schulbildung und Sozialhilfe keine öffentliche Dominanz gäbe, würden nicht-staatliche Angebote und gemeinschaftliche Wohltätigkeitsorganisationen die Lücke schliessen, wie dies vor der Usurpation der Aktivitäten durch den Staat der Fall war. Die Verdrängung des Privatsektors durch staatliche Massnahmen ist ständig am Werk, weil Politiker durch die Bereitstellung zusätzlicher öffentlicher Dienstleistungen Stimmen erhalten können, obwohl durch die öffentliche Verwaltung die Problemlagen nicht gelöst, sondern verschlechtert werden.

## 5. Administrative Zeitverzögerungen

Die Politik leidet unter langen Verzögerungen zwischen Diagnose und Wirkung. Politik ist ein Machtspiel und die Antenne des Politikers ist auf die Signale ausgerichtet, die für diesen Kampf um die Macht relevant sind. Nur wenn ein Thema ausrei-

chend politisiert ist, wird es die Aufmerksamkeit der Politiker finden. Nach der Verzögerung, bis ein Problem die Wachsamkeit seitens der Politik erfährt und als Problemfall diagnostiziert wird, tritt eine weitere Verzögerung auf, bis die Staatsbehörden und Parteigremien einen Konsens darüber gefunden haben, wie das Problem angegangen werden soll. Danach dauert es eine weitere Zeit, bis die geeigneten politischen Mittel die notwendige politische Unterstützung erhalten. Nach der Umsetzung der Massnahmen vergeht eine weitere Zeitspanne, bis der Mitteleinsatz seine Wirkung zeigt. Die Zeit zwischen der Artikulation eines Problems und der Auswirkung ist oft so lang, dass sich die Natur des Problems und sein Kontext in der Zwischenzeit grundlegend geändert haben. Es überrascht nicht, dass die Ergebnisse staatlicher Interventionen einschliesslich der Geldpolitik nicht nur vom ursprünglichen Ziel abweichen, sondern das Gegenteil der Absichten hervorrufen können.

## 6. Pfründe

Staatliche Eingriffe machen das Streben nach Privilegien attraktiv und ziehen so Personen an, die darauf aus sind, mithilfe der Politik Pfründe zu erlangen. In einer Demokratie besteht für Politiker ein ständiger Druck, die Sondervergünstigungen auszuweiten, um Unterstützung und Stimmen zu erhalten. Die Schaffung von Privilegien zugunsten einer Sondergruppe erhöht den Eifer anderer Gruppen, ebenso nach Pfründen zu suchen. Mit der Zeit wird die Unterscheidung zwischen Korruption und einem anständigen und legalen Verhalten verwischt. Je mehr sich der Staat der Schaffung von Pfründen widmet, desto mehr wird das Land ein Opfer von Klientelismus, Bestechlichkeit und der Fehlallokation von Ressourcen.

## 7. Koalitionsklüngel führt zu einer Gesetzesinflation

Der in der Theorie der öffentlichen Wahlhandlungen («Public Choice») thematisierte «Koalitionsklüngel» («Logrolling») bezeichnet den Austausch von Gefälligkeiten unter den politischen Fraktionen, um ein bevorzugtes Projekt durch Unterstützung der Interessen anderer Gruppe zu erreichen. Dieses Verhalten führt zu einer stetigen Ausweitung der staatlichen Aktivitäten. Durch diesen Prozess der wechselseitigen Gegenleistungen unterstützen die Parlamentarier die Gesetzesvorlagen anderer Fraktionen als Ausgleich für die politische Unterstützung der eigenen Projekte. Dieses Verhalten führt zu dem Phänomen der «Gesetzesinflation», der Lawine der nutzlosen, widersprüchlichen und schädlichen Gesetze.

## 8. Gemeinwohllusion

Das sogenannte «Gemeinwohl» ist kein klar definiertes Konzept. Ähnliche Begriffe wie der des «öffentlichen Gutes», das durch Nicht-Ausschliessbarkeit und Nicht-Rivalität definiert wird, verfehlen ebenfalls den Punkt, weil nicht das Gut «allgemein» ist, sondern seine Bereitstellung. Ein Gut wird dadurch zu einem öffentlichen Gut, wenn seine kollektive Herstellung als effizienter angesehen wird als die private

oder individuelle Herstellung dieses Gutes. Dies ist aber bei allen Wirtschaftsgütern der Fall, denn der Markt selbst ist ein System zur Bereitstellung privater Güter durch kooperative Bemühungen. Die Marktwirtschaft ist ein kollektiver Anbieter von Gütern, da sie Wettbewerb mit Kooperation verbindet. Jedes der sogenannten «öffentlichen Güter», die der Staat liefert, kann desgleichen der private Sektor produzieren und dazu noch billiger und besser. Im Gegensatz zur öffentlichen Hand umfasst die Kooperation in einer Marktwirtschaft auch Wettbewerb und damit nicht nur Wirtschaftlichkeit, sondern auch Anreize für Innovationen.

## 9. Regulatorische Machtergreifung

Der Begriff der regulatorischen Machtübernahme («Regulatory Capture») bezeichnet ein Staatsversagen, bei dem die Regulierungsbehörde nicht mehr die ursprüngliche Absicht verfolgt, das «öffentliche Interesse» zu fördern, sondern dem zu regulierenden Gruppeninteresse zum Opfer fällt, zu deren Regulierung die Agentur eingerichtet wurde. Durch die Inanspruchnahme der Administration durch private Interessen wird die Agentur zu einem Instrument, um die besonderen Interessen der zur Regulierung anvisierten Gruppe voranzutreiben. Zu diesem Zweck werden die Interessengruppen gemäss ihren besonderen Anliegen Sonderregelungen fordern, um den Staatsapparat als Instrument zur Förderung der eigenen Interessen zu benutzen.

## 10. Kurzsichtigkeit

Der politische Zeithorizont ist die nächste Wahl. In dem Bestreben, dass die Vorteile politischen Handelns schnell ihren spezifischen Interessenten zugutekommen, wird der Politiker kurzfristige Projekte bevorzugen, auch wenn diese nur vorübergehende Vorteile bringen und langfristig mehr kosten als ein alternatives Projekt, in dem die Kosten zuerst anfallen und die Vorteile erst später kommen. Da die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat die Verbindung zwischen dem Kostenträger und dem unmittelbar Begünstigten trennt, ist die zeitliche Präferenz für die vom Staat scheinbar unentgeltliche Nachfrage nach Gütern zwangsläufig höher als im Marktsystem.

## 11. Rationale Ignoranz

Es ist rational, wenn sich der einzelne Wähler in einer Massendemokratie über die politischen Fragen nicht gründlich informiert, weil der Wert der Stimme des Einzelnen so gering ist, dass sie für das Ergebnis keinen Ausschlag gibt. Der rationale Wähler wird für diejenigen Kandidaten stimmen, welche die meisten Vorteile versprechen. Angesichts des geringen Gewichts einer Einzelstimme in einer Massendemokratie wird der rationale Wähler nicht viel Zeit und Mühe aufwenden, um zu untersuchen, ob diese Versprechen realistisch sind und mit seinen anderen Wünschen nicht kollidieren.

## 12. Erzeugung von Hass, Polarisierung und Vergeltungsgelüsten

Weil rationale Ignoranz beim Wähler eine Tatsache ist, haben die politischen Kampagnen nicht Information und Aufklärung zum Ziel, sondern Desinformation und Verwirrung. Was zählt, ist am Ende mehr Stimmen zu bekommen. Nicht die Solidität des Programms ist wichtig, sondern die Begeisterung, die ein Kandidat bei seinen Anhängern erzeugen kann und wie gut er seine Gegner niedermachen, denunzieren und erniedrigen kann. Infolgedessen rufen Wahlkampagnen Hass, Polarisierung und Vergeltungslüste hervor.



LIBERALES INSTITUT

### Impressum

Liberales Institut  
Hochstrasse 38  
8044 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
institut@libinst.ch

Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen Auszug aus:  
«Kapitalismus, Sozialismus und Anarchie. Chancen einer  
Gesellschaftsordnung jenseits von Staat und Politik» von  
Antony P. Mueller (KDP, 2021).

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf  
[www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

### Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2022, Liberales Institut.